

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 075.14 / 21.02.2014

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 34 – Bericht der Landesregierung: Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein

Dazu sagt die Sprecherin für berufliche Bildung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir haben bei unserer Jugendarbeitslosigkeit glücklicherweise keine südeuropäischen Verhältnisse. Trotzdem können wir uns nicht zurücklehnen. Im Gegenteil: Die aktuellen Zahlen sind besorgniserregend und unterstreichen den Handlungsbedarf – auch in Schleswig-Holstein.

Das Bundesinstitut für berufliche Bildung hat für Schleswig-Holstein festgestellt, dass zum Start des Ausbildungsjahres 2013 etwa 1.200 Ausbildungsplätze weniger angeboten wurden als im Vorjahr, ein Rückgang um 5,7 %. Bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen gibt es ein ähnliches Bild. Es ist ein Rückgang um 1.224 Verträge oder um 5,8 Prozent. Bei der Ausbildungsplatznachfrage haben wir nur ein Minus von 555 Jugendlichen, ein Minus von 2,1 Prozent.

Erschreckend finde ich die den hohen Anstieg bei der Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber. Von 2012 auf 2013 ist die Zahl um 669 oder 22,4 Prozent auf 3649 angestiegen. Hinzu kommen die etwa 6500 Jugendlichen in Übergangsmaßnahmen an den beruflichen Schulen oder bei Weiterbildungsträgern. Gut ein Drittel der Jugendlichen beginnt nicht direkt nach der Schule eine Ausbildung. Das sind eindeutig zu viele.

Diese Zahlen zeigen für mich zwei Dinge:

1. Wir müssen als Land gemeinsam mit der Wirtschaft daran arbeiten, wieder mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und
2. Wir brauchen eine Koordinierung, ein gemeinsames Konzept aller Beteiligten und eine enge Zusammenarbeit, um mehr Jugendliche direkt in Ausbildung zu bringen.

Und damit sind wir beim Bericht der Landesregierung zur Einrichtung von Jugendberufsagenturen. Vielen Dank an die Ministerien für die Erstellung.

Jugendberufsagenturen haben genau diese enge Zusammenarbeit über Rechtskreise, also über die Sozialgesetzbücher, hinweg zum Ziel. Sie sind ein gutes Instrument, um einen guten Start in das Berufsleben zu unterstützen.

Die Jugendlichen stehen im Zentrum, die verantwortlichen Institutionen wie Jobcenter, Agentur für Arbeit, die Stadt und die Schulen arbeiten unter einem Dach zusammen, um ihnen die bestmögliche Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf zu gewährleisten. Dazu gehört neben einer in den letzten Jahren einsetzenden Begleitung an den allgemeinbildenden Schulen auch eine intensivere Berufsorientierung.

In Hamburg sind die ersten Erfolge da. Im vergangenen Herbst haben 39 Prozent der Schulabgänger und Schulabgängerinnen von Stadtteilschulen eine Ausbildung begonnen. Im Jahr davor waren es nur 25 Prozent. Die Idee der Jugendberufsagentur nimmt auch in Schleswig-Holstein Fahrt auf, verstärkt durch das Ziel im Koalitionsvertrag der großen Koalition, bundesweit flächendeckend Jugendberufsagenturen einzurichten.

Der Bericht zeigt, dass es auch in Schleswig-Holstein bereits in vielen Städten und Kreisen eine Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure gibt, auch rechtskreisübergreifend. Auch die Agentur für Arbeit bringt sich vor Ort ein. Das macht Mut und wir sollten dies als Land unbedingt weiter voran bringen.

Die Landesregierung hat sich auch auf den Weg gemacht. Im vorliegenden Bericht und in der interministeriellen Arbeitsgruppe zum Übergang junger Menschen von der Schule in Ausbildung und Arbeit wird die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit als Ziel definiert und ein Konzept dargestellt. Dazu gibt es Arbeitsgruppen mit Ministerien, Kommunen, Wirtschaft und der Agentur für Arbeit, die die landesweiten Rahmen entwickeln. Die Umsetzung soll vor Ort in den Regionen erfolgen. Auch dort gibt es koordinierende Arbeitsgruppen. Die Landesregierung muss den Schwung, den das Konzept der Jugendberufsagenturen im Land ausgelöst hat, für die Umsetzung in den Regionen nutzen.

Es gibt schon viele Initiativen zu intensiver, teilweise auch schon rechtskreisübergreifender Zusammenarbeit. Kiel hat schon eine gute Kooperation etabliert. Der Kreis Schleswig-Flensburg will das Konzept umsetzen und hat Bundesmittel dafür beantragt. Der Kreis Nordfriesland hat mit dem „Jugendberufsprojekt Nordfriesland“ bereits eine rechtskreisübergreifend arbeitende Einrichtung. Im Kreis Dithmarschen beraten Agentur für Arbeit, Jobcenter, Wirtschaft, Schulen und Kreis gemeinsam über die Gestaltung des Übergangsmagements. Neumünster ist dabei, ein Konzept zu erstellen. Aber wir haben noch weiße Flecken.

Unser Ziel muss es sein, dass Jugendliche landesweit die gleichen Chancen haben, dass flächendeckend eine rechtskreisübergreifende Kooperation in der Region installiert wird. Eine Anlaufstelle für die Jugendlichen, egal, ob sie Familienhilfe bekommen, Unterstützung nach SGB II oder ob die Agentur für Arbeit zuständig ist.

Die Jugendberufsagentur ist kein Allheilmittel. Die gewährleistet aber, dass kein Jugendlicher auf dem Weg von der allgemeinbildenden Schule in den Beruf verloren geht. Es ist volkswirtschaftlich, aber in erster Linie für die Jugendlichen selbst, wichtig, die Zahl der Jugendlichen in ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen zu reduzieren. Es müssen mehr Jugendliche direkt in Ausbildung gehen. Die Landesregierung hat sich mit ihrem Konzept auf den Weg gemacht. Das unterstützen wir sehr und bleiben am Ball.
